

Mainz, 24.01.2014

## **Anfrage 1435/2012 zur Sitzung am 05.09.2012**

### **Einführung einer Umweltzone zum 1. Februar 2013 (CDU)**

In einer Pressekonferenz am 12. Juni 2012 kündigten Oberbürgermeister Michael Ebling sowie Umwelt- und Verkehrsdezernentin Katrin Eder die Einführung einer gemeinsamen Umweltzone mit Wiesbaden per Verwaltungsakt zum 1. Februar 2013 an. Eine umfassende Information und Beteiligung der Stadtratsfraktionen und der Öffentlichkeit hat vor der Entscheidung nicht stattgefunden. Ein so genanntes „Expertenhearing“, bei dem aber ausschließlich Befürworter einer Umweltzone zu Wort kamen, wurde erst nach der Pressekonferenz durchgeführt.

Die schnelle Einführung der Umweltzone bringt viele Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe, vor allem kleine Handwerksbetriebe, aus Mainz und der Umgebung in finanzielle Schwierigkeiten, ohne dass der tatsächliche Nutzen einer Umweltzone zweifelsfrei nachgewiesen ist. Während es in den meisten anderen Städten mit Umweltzonen Übergangsfristen gab und zunächst nur Fahrzeuge mit einer roten Plakette verboten waren, sind in Mainz von Anfang an nur noch Fahrzeuge mit einer grünen Plakette erlaubt. Angekündigt wurden jedoch einige Ausnahmegenehmigungen für bestimmte Fahrzeuge. Auch sind einige Stadtteile sowie der Mainzer Ring nicht Teil der neuen Umweltzone.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Warum wurden die Stadtratsfraktionen nicht im Vorfeld der Entscheidung ausführlich informiert?
2. Weshalb wurden zu dem „Expertenhearing“ am 12. Juni 2012 ausschließlich Befürworter einer Umweltzone eingeladen und keine Kritiker?
3. Aus welchem Grund fand die Pressekonferenz vor dem „Expertenhearing“ statt und warum ist ein solches Hearing überhaupt notwendig, wenn die Entscheidung für die Einführung einer Umweltzone längst getroffen wurde?
4. Weshalb gab es in diesem Fall keine umfangreiche Bürgerinformation?
5. Hat die Verwaltung im Vorfeld bzw. kurz nach der Entscheidung den Kontakt zu betroffenen Branchen, etwa aus dem Handwerk, gesucht und entsprechende Gespräche, zum Beispiel mit Vertretern der Handwerkskammer und der Kreishandwerker-

- schaft, geführt? Wenn ja, wann fand die erste Kontaktaufnahme bzw. das erste Gespräch statt und welche Ergebnisse wurden vereinbart?
6. Welche Kosten entstehen bei der Stadt Mainz durch die Einführung der Umweltzone (bitte alle Einzelposten auflisten)?
  7. Welche konkreten Pläne hat die Stadt bezüglich der Ausnahmegenehmigungen? Ist die Verwaltung bereit, auf Vorschläge aus dem Handwerk einzugehen und beispielsweise so genannte Handwerkerparkausweise einzuführen?
  8. Aus welchem Grund hat die Stadt Mainz nicht zunächst ein Gerichtsverfahren abgewartet?
  9. Orientiert sich die Stadt Mainz bei der Einführung ausschließlich an den Regelungen der Stadt Frankfurt oder werden auch die Regelungen anderer Städte berücksichtigt?
  10. Warum sind in Mainz von Anfang an nur Fahrzeuge mit grünen Plaketten erlaubt statt wie in anderen Städten zunächst bei Rot zu beginnen und dadurch Haltern mit gelber Plakette eine längere Übergangsphase zu gewähren?
  11. Wie will die Verwaltung nach Einführung der Umweltzone die Einhaltung kontrollieren?

Hannsgeorg Schöning  
Fraktionsvorsitzender